



Moin!

In der letzten Woche haben wir zentrale Maßnahmen des Klima- und Energiepakets beschlossen. Sie tragen dazu bei, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis zum Jahr 2020 erreichen kann. Die Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner waren hart, aber wir können stolz sein: Vieles von dem, was die Union wollte und was den Klimaschutzziele zuwider gelaufen wäre, konnten wir verhindern. Da zeigt sich, wer in der Großen Koalition ernstzunehmende Klimaschutzpolitik betreibt und wie viel Wert die Lippenbekenntnisse der Kanzlerin haben.

Ich wünsche viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters!

GARRELT DUIN, MdB

Verlässlichkeit für Investitionen in Ostfriesland

Der Deutsche Bundestag hat mehrheitlich die Regierungsentwürfe eines Gesetzes zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung und eines Gesetzes zur Öffnung des Messwesens bei Strom und Gas für Wettbewerb sowie des Gesetzes zur Neuregelung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich und zur Änderung damit zusammenhängender Vorschriften und des Erneuerbaren-Energien-Wärmegesetzes beschlossen.

Damit hat das Parlament zentrale Maßnahmen des 1. Integrierten Klima- und Energiepakets (IEKP) verabschiedet. Nach langen und zum Teil schwierigen Verhandlungen mit der CDU/CSU hat die SPD-Bundestagsfraktion den Gesetzentwürfen deutlich ihre Handschrift aufgesetzt.

Durch das neue Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) soll das geltende Gesetz abgelöst werden. Die Umsetzung eines verbesserten EEG soll dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bis zum Jahr 2020 auf mindestens 30 Prozent zu erhöhen. Um die langfristigen Ziele zum Ausbau der erneuerbaren Energien zu erreichen, ist es wichtig, dass sie mittel- bis langfristig wettbewerbsfähig werden. Denn nur, wenn sie sich ohne finanzielle Förderung auf dem Markt behaupten, können sie auf Dauer eine



Zu den Neuregelungen des EEG gehören u. a. eine attraktivere Gestaltung des Repowering und die Verbesserung der Bedingungen für die Offshore-Windkraft.

tragende Rolle im Energiemarkt spielen. Wichtig ist auch die Anpassung und Verbesserung der Vergütungssätze an aktuelle Markt- und Kostenentwicklungen. Zu den Neuregelungen des EEG gehören u. a. eine attraktivere Gestaltung des Repowering und die Verbesserung der Bedingungen für die

Offshore-Windkraft.

„Richtschnur und Ziele unserer Energiepolitik sind Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Dazu gehört, dass Klimaschutz bezahlbar ist und mit der wirtschaftlichen Entwicklung Schritt hält. Klimaschutz ist Teil und nicht Hemmschuh einer modernen ökonomischen Entwicklung“, so Garrelt Duin. Durch den Anstieg der Preise für fossile Energie, durch die enormen Möglichkeiten für Wertschöpfung und Beschäftigung bei der Ausweitung der Erneuerbaren Energien und durch die großen Potentiale der Technik für Erneuerbare Energien für neue Exportmärkte, erbringt Klimaschutz mehr als er „kostet“. Die vorgesehenen Maßnahmen führen daher nicht nur zu einer besseren CO₂-Bilanz, sondern sind der richtige Weg zu einer möglichst großen Kosteneffizienz. Damit wird die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht beeinträchtigt und die Verbraucher nicht überfordert.

„Gerade für die in der ostfriesischen Region ansässigen Firmen der Energiewirtschaft und die Investoren ist dies ein großer und wichtiger Schritt hin zu verlässlicheren und wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen“, begrüßt Duin den Beschluss zum EEG.

Ausbildungsbonus beschlossen

Der Bundestag hat den Regierungsentwurf „Verbesserung der Ausbildungschancen förderungsbedürftiger junger Menschen“ beschlossen. Die Entwicklung des Ausbildungsmarktes in den letzten Jahren ist positiv. Laut Ausbildungsplatzbilanz 2007 sind im letzten Jahr erstmals seit 2001 wieder mehr als 600.000 Ausbildungsverträge abgeschlossen worden. Trotzdem ist der Anteil der Alt-

bewerberinnen und -bewerber an gemeldeten Bewerbern auf über 50 Prozent gestiegen. Diese Jugendlichen sind bereits seit längerer Zeit auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz – in der Regel mehr als ein Jahr nach Verlassen der Schule.

Mit dem Gesetzentwurf greift die Bundesregierung wesentliche Kernpunkte des Konzepts „Jugend – Ausbildung und Ar-

beit“ auf. Durch sie sollen benachteiligte Jugendliche besser gefördert und bis 2010 100.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die Initiative ist Bestandteil der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung. Der Ausbildungsbonus ist der erste Kernpunkt. Er wird in Höhe von 4.000 bis 6.000 Euro an Betriebe ausbezahlt, die zusätzliche Ausbildungsplätze für för-

derungsbedürftige Altbewerberinnen und -bewerber anbieten. Die Höhe des Bonus richtet sich jeweils nach der Ausbildungsvergütung. Finanziert wird er durch die Bundesagentur für Arbeit. Einen Rechtsanspruch auf Förderung erhalten Arbeitgeber, die lernbeeinträchtigte oder sozial benachteiligte Jugendliche oder Altbewerber mit maximal einem Hauptschulabschluss einstellen.

„Kampf gegen Korruption in alle Ebenen hineintragen“

Garrelt Duin sprach im Deutschen Bundestag zum Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN „Keine Toleranz gegenüber Korruption“.

Die Oppositionsfraktion fordert in ihrem Antrag ein Register über korrupte Unternehmen, das juristische Personen führen soll. „Bereits 2002 wurde ein Korruptionsregister im Kampf gegen Korruption und Lohndumping in deutschen Unternehmen eingeführt. Unternehmer, die strafrechtlich belangt werden, werden in dieses Register aufgenommen. Allerdings können hier keine juristische Personen geführt werden. Strafrechtlich in Erscheinung können immer nur reale Personen treten. Die Forderung nach einem Register, das juristische Personen führt, ist deshalb unsinnig“, so Duin in seiner Rede.

„Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in einem solchen Unternehmen arbeiten, würden mitbestraft werden für Verfehlungen anderer. Unternehmen dürfen nicht auf Verdacht an den Pranger gestellt werden. Schäden, die durch vorschnelle Verdächtigungen entstehen können, müssen gerade im Interesse derer, die ehrlich am Wettbewerb teilnehmen, vermieden werden. Außerdem hieße dies ein Mehr an Bürokratie – und ein aufgebauschter bürokratischer Aufwand ist im Hinblick auf die gewünschte



Garrelt Duin sprach zum Thema „Korruptionsbekämpfung“ im Deutschen Bundestag.

Transparenz kontraproduktiv“, so Duin.

Wichtige Schritte zur Bekämpfung der Korruption seien, so Duin, bereits vollzogen worden: „Freiwillig, wie es die Selbstverpflichtung im „Corporate Governance Kodex“ vorgesehen hat, haben sich viele Unternehmen zunächst nicht dazu durchringen können, die Bezüge ihrer Manager zu veröffentlichen. Deshalb haben wir eingegriffen. Mit den von uns beschlossenen Gesetzen zur Offenlegung von Managergehältern haben wir ein Instrument für mehr Transparenz geschaffen.“ Seit dem Geschäftsbericht für das Jahr 2006 müssen börsennotierte Aktiengesellschaften angeben, welches Vorstandsmitglied wie viel bekommt. Dabei muss nicht

nur das Grundgehalt offengelegt werden. Auch der erfolgsbezogene Anteil der Bezüge, z. B. Aktienoptionen und vertraglich zugesagte Abfindungen oder Pensionen müssen ausgewiesen sein. Aktionäre und die interessierte Öffentlichkeit können so feststellen, ob die Vorstände eines Unternehmens ihrer Leistung angemessen bezahlt werden. Duin dazu: „Das ist das gute Recht der Anteilseigner. Der Schutz der Aktionäre hat in diesem Fall Vorrang vor der Geheimniskrämerie von Managern. Denn es sind diese Anteilseigner, denen das Unternehmen gehört. Dies ist auch ein Schutz vor Strippenzieherei im Dunklen durch Bestechung und Korruption.“

Die Forderung im Antrag zum

arbeitsrechtlichen Schutz von Hinweisgebern sieht Duin problematisch: „So könnte unter Umständen eine Misstrauenskultur in den Unternehmen entstehen. Es dürfen keine Spitzel in den Belegschaften herangezchtet werden. Der bessere Weg ist eine transparente und offene Unternehmenskultur mit leistungsbereiten und leistungsgerecht bezahlten Mitarbeitern zu etablieren, in der Korruption keinen Fuß fassen kann. Wir müssen den Kampf gegen Korruption in alle Ebenen hineintragen. Besonders wenn es um die Führung von Unternehmen und die Unternehmenskultur geht.“

Zur Korruptionsbekämpfung gehöre aber nicht nur Vorbeugung, sondern auch die Strafverfolgung. „Ermittlung und Verurteilung von Straftätern gestalten sich hier aber schwierig. Wenn trotz dieser Schwierigkeiten in den letzten Jahren besonders viele Korruptionsfälle ans Licht gekommen sind, dann sind wir doch auf einen richtigen Weg“, sagte Duin. Die Einführung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften ist ein weiterer Punkt des Antrags. „Es gibt diese bereits in sieben Bundesländern. Überall dort in Deutschland, wo sie sich zur Korruptionsbekämpfung etablierten, schnellten die Fallzahlen sprunghaft in die Höhe. Im Kampf gegen Korruption sind Schwerpunktstaatsanwaltschaften ein guter Weg. Aber er wird bereits gegangen.“

Küstengang im engen Informationsaustausch mit Betriebsräten

Auf Einladung der SPD-Küstengang kamen zahlreiche Betriebsräte von der Küste aus den Branchen Schiffbau, Schifffahrt, Luft- und Raumfahrt nach Berlin, um gemeinsam mit den sozialdemokratischen Küstenabgeordneten unter anderem über die unterschiedlichen Problemlagen in den Betrieben zu diskutieren. Die breite Themenpalette zog sich von Rohstoffpreisen, Dollarschwäche und „Goldener Aktie“ bis hin zur Zahlungsmoral der Griechen gegenüber der Werfindustrie.

Andrea Nahles, stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende und Sprecherin der AG Arbeit und Soziales der SPD-Bundestagsfraktion, stand den Betriebsräten zu Fragen der Leiharbeit und Altersteilzeit Rede und Antwort. Besonders die Frage der stetig wachsenden Zahl von Leihar-

beit und Werksverträgen und der nicht zu vernachlässigenden Verdrängung regulärer Arbeitsplätze macht die Notwendigkeit von „equal-pay“ - gleicher Lohn für gleiche Arbeit – deutlich. Garrelt Duin erörterte mit den Betriebsräten unter anderem die aktuelle Lage bei Airbus, die geplante Ausgliederung der Werke Augsburg, Varel und Nordenham und betonte, dass die Kompetenz in allen Werken und die Wertschöpfung, die aus den Mitteln für Forschung und Entwicklung generiert wird, in Deutschland gehalten werden müsse. Die zivile Luftfahrt muss im Norden stark bleiben! Mit den Betriebsräten von Hapag-Lloyd diskutierten die Sozialdemokraten die Situation der Beschäftigten in der Seeschifffahrt, die Notwendigkeit, die Attraktivität des Seemannsberufs zu stärken

und im Besonderen den seit einigen Wochen andauernden geplanten Verkauf der Hapag-Lloyd durch die TUI. Das Fazit für die SPD-Küstengang zog deren Lotsin, Dr. Margrit Wetzel: „Bei einem Verkauf von Hapag-Lloyd würden wir sozialdemokratische Küsten-Abgeordnete das sog. „Hamburger Modell“ eindeutig favorisieren. Hapag-Lloyd ist beispielhaft, ist das deutsche „Flaggschiff“ für das Führen der deutschen Flagge. Es wäre kein gutes Signal, wenn dieses erfolgreiche Unternehmen ins Ausland verkauft, möglicherweise unter fremde Flagge verbracht wird.“ Sehr klar wurde der Wunsch formuliert, dass die Gewährung der Tonnagesteuer in Deutschland den neuen Leitlinien der EU von 2004 angepasst und entsprechend mit einer Flaggenbindung versehen werden sollte.

Zugang zum Seelotsenberuf geändert

Die Bewerberzahlen für die Seelotenausbildung gehen zurück. Aus diesem Grunde werden mit den Änderungen des Seelotsgesetzes unter anderem die Regelungen über die Anforderungen an die Bewerber für den Seelotsenberuf neu formuliert und inhaltlich ergänzt. Zentraler Bestandteil des Gesetzes ist die Verkürzung der Ausbildung. So kann in Zukunft die im Rahmen der Ausbildung vorzuziehende 24-monatige Erfahrungszeit auf See auf sechs Monate verkürzt werden. Diese Alternative soll den Charakter eines Pilotprojekts haben. Hierbei müssen Anwärter einen neu zu schaffenden intensiven Grundlehrgang absolvieren. Grundsätzlich wird aber an den zwei Jahren Seefahrtszeit festgehalten, deshalb soll die Alternative nur revierbezogen eröffnet werden.

Verkehrsbetriebe müssen entlastet werden

Am Donnerstag veranstaltete die Landesgruppe Niedersachsen der SPD-Bundestagsfraktion in Berlin eine Konferenz zum Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Fast 40 Geschäftsführer niedersächsischer Verkehrsbetriebe waren zu Gast und diskutierten mit Niedersachsens SPD-Bundestagsabgeordneten über die Herausforderungen der steigenden Energiekosten, Feinstaubreduzierung, Einführung kraftstoffsparender Technologien und die neue EU-Verordnung für den ÖPNV.



Die Mitglieder der Landesgruppe Niedersachsen diskutierten mit Geschäftsführern niedersächsischer Verkehrsbetriebe über die Zukunft des Öffentlichen Personennahverkehrs.

Die SPD-Politiker stellten den Gästen Innovationen der Energieeinsparung der Zukunft vor.

Sie wiesen darauf hin, dass nur mit einer zukunftsorientierten Energiepolitik im Verkehrsbereich der Verkehrskollaps in der Zukunft zu verhindern sei.

Ziel der Bundesregierung sei es daher, bis zu 70% des heutigen Energiebedarfs im Verkehr und

Gebäudebereich einzusparen. Forschungsprogramme zum Einsatz alternativer Energien wie zum Beispiel Elektromobilität, sollen zu dieser hohen Energieeinsparquote entscheidend beitragen, berichtete der Parlamentarische Staatssekretär Ulrich

Kasparick. Der ÖPNV sei ebenfalls Ziel des Einsatzes neuer Antriebstechniken und alternativer Treibstoffarten. So solle ein neues Entwicklungsprogramm der Bundesregierung den Einsatz von Dieselhybridbussen im Nahverkehr ermöglichen. In der

Diskussion zeigten sich die Gäste diesen Vorschlägen gegenüber aufgeschlossen.

„Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen muss Personenbeförderung zu bezahlbaren Preisen gewährleistet sein“, so Garrelt Duin.

Garrelt Duin auf der ILA 2008

In der vergangenen Woche besuchten Garrelt Duin und Ditmar Staffelt, MdB Vorsitzender des Koordinierungskreises für Luftfahrtindustrie der SPD-Bundestagsfraktion, die Internationale Luft- und Raumfahrt Ausstellung (ILA) auf dem Gelände des Flughafens Schönefeld.

Vom 27. Mai bis zum 1. Juni 2008 bot die ILA der interessierten Öffentlichkeit ein umfangreiches Programm rund um die Luft- und Raumfahrt.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten bekamen auf ihrem Rundgang zahlreiche Highlights aus diesem großen Entwicklungs- und Wirtschaftsbereich zu sehen. Unter anderem auch den neuen Airbus 380.

Einen besonders starken Auftritt hatte die Hubschrauber-Branche. Rund 50 nationale und internationale Aussteller präsentierten die Dreiflügler.

„Wie alle Messen ist die ILA ein Katalysator für die Wirtschaft.

Als Wirtschaftsmotor gewinnt deutlich. Das hat man hier gerade der Luft- und Raumfahrtsektor immer mehr an Bedeutung deutlich sehen können“, so Garrelt Duin.



Nicht nur die Neuigkeiten der Branche waren auf der ILA zu sehen. Auch Oldtimer und Exoten zeigten, dass sie noch nicht zum „Alten Eisen“ gehören.



Besuch auf der ILA 2008: Garrelt Duin und Ditmar Staffelt vor einem NH 90.

Gesine Schwan ist eine erstklassige Wahl

Mit der Nominierung Gesine Schwans als Kandidatin der SPD für das Amt der Bundespräsidentin hat der Parteivorstand der SPD eine erstklassige Wahl getroffen.

Gesine Schwan ist eine brillante Denkerin und erfolgreiche Universitätspräsidentin. Während des letzten Wahlkampfes im Vorfeld der Wahl des Bundespräsidenten hat sie bewiesen, dass sie mit ihrer charismatischen Art die Menschen für sich einnehmen kann. Sie hat die besten Voraussetzungen, die Wahl zu gewinnen. Gesine Schwans Kandidatur ist ein



Gesine Schwan ist die Kandidatin der SPD für das Amt der Bundespräsidentin.

normaler demokratischer Vorgang. Man kann nicht auf der einen Seite Politikverdrossenheit beklagen, auf der anderen Seite jedoch eine beutende Wahl zur bloßen Formalität herabstufen, indem man auf eine aussichtsreiche Gegenkandidatin verzichtet. Die Nominierung Gesine Schwans ist somit kein Signal für das Ende der großen Koalition. Ganz im Gegenteil: Als Sozialdemokratin, die stets eine klare Linie gegen die kommunistische Ideologie gezogen hat, wird sie - wie bereits bei der letzten Wahl - auch für die Delegierten von CDU, CSU und FDP attraktiv sein



Garrelt Duin bei Eröffnung des Naturbads in Riepe

Der Förderverein „Naturbad Riepe“ hat am vergangenen Sonnabend zur Eröffnungsparty eingeladen. Garrelt Duin nahm an der Eröffnung teil und würdigte den Arbeitseinsatz der Helferinnen und Helfer, die in den letzten zweieinhalb Jahren in rund 1.700 Stunden das Bad wieder auf Vordermann gebracht hatten. „Das was ihr hier geleistet habt, ist beispielhaft“, lobte Duin, den Arbeitseinsatz. Am Freitag fand die Helferparty statt und Garrelt Duin löste ein Versprechen ein und spendierte für die Party ein Fass Bier.

Jugend und Parlament 2008 – Jannik Sobrado zu Besuch in Berlin

Auf Einladung von Garrelt Duin nahm der 17-jährige Jannik Sobrado aus Emden an dem großangelegten Planspiel „Jugend und Parlament“ teil.

In dem Planspiel soll jungen Menschen aus ganz Deutschland das Gesetzgebungsverfahren, sowie die politischen Abläufe näher gebracht werden. Dazu schlüpfen sie in fiktive Rollen und spielen einen richtigen „Abgeordneten“. Die Biographie wird gelöst. Dass sich hierbei die reale politische Gesinnung und die der Zugelosten unterscheidet, ist gewollt. Mit diesen fiktiven Namen und Biographien und der neuen gelösten politischen Gesinnung wurden aus den Jugendlichen „Abgeordnete“, die dann vier Tage den parlamentarischen Alltag an Originalschauplätzen erlebten.

In den Fraktionen, den Arbeitsgruppen, den Ausschüssen und



schließlich in einer Debatte im Plenarsaal des Deutschen Bundestages. Außerdem gehörte zum Veranstaltungsprogramm der Besuch des Abgeordnetenbüros.

„Auch der Besuch im Büro von Garrelt Duin war eine interessante Erfahrung für mich“, sagte der Schüler. Insgesamt waren die Tage in Berlin äußerst interessant, lehrreich aber auch unterhaltsam. Freunde wurden schnell gefunden und Kontakte auch für später geknüpft. Für Sobrado war der Höhepunkt des Planspiels, die „Sitzung“ im Plenarsaal.

„Jugend und Parlament“ findet jedes Jahr mit mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern statt. Die Jungpolitikerinnen und Jungpolitiker müssen mindestens 16 Jahre und dürfen höchstens 20 Jahre alt sein.

SPD Unterbezirk Aurich nominiert Matthias Grootte für Europawahl

Der SPD Unterbezirk Aurich hat mit Blick auf die bevorstehende Europawahl am 7. Juni 2009 den 34-jährigen Europaabgeordneten Matthias Grootte aus Ostrhauderfehn nominiert.

Grootte und Garrelt Duin machten deutlich, dass das Ziel bei der Europawahl ist, die Wahlbeteiligung, die bei der letzten Wahl sehr gering war, zu verbessern. „Die Sozialdemokratie muss ihre Glaubwürdigkeit auf jeder politischen Ebene in Bund, Land und Gemeinden wiedererlangen“, sagte Duin und unterstrich, „wenn jeder das Gegenteil von dem Anderen sagt, werden die Menschen uns nicht als glaubwürdige Alternative in Europa wahrnehmen“. Es bestehen noch Ängste und Skepsis in der Bevölkerung, wenn es um die EU geht, weil Europa auch wirtschaftliche und soziale Veränderungen mit sich bringt. Es macht den Menschen Angst, wenn deutsche Unternehmen mit portugiesischen oder spanischen konkurrieren. Es ist nicht überschaubar.

„Mauern und Stacheldraht sind weg! Wir wollen ein friedliches Europa gestalten, wo nicht nur verdient wird. Man darf die Menschen nicht vergessen und muss ihre Sorgen und Ängste ernst nehmen“, so Duin. In einer guten Ausbildung der Kinder und Jugendlichen sieht Duin den Schlüssel, sich in Eu-



Duin: „Die Sozialdemokratie muss ihre Glaubwürdigkeit auf jeder politischen Ebene in Europa, Bund, Land und Gemeinden wiedererlangen“

ropa behaupten zu können: „Denn auch die Rentensysteme sind nur sicher, wenn in die Jüngsten investiert wird.“

Duin griff die Unternehmen an, die die Leiharbeit dazu benutzen, Stammpersonal abzubauen und es durch Leiharbeiter zu ersetzen. Es könne nicht sein, dass Arbeiter, „die sich jeden Morgen aus der Koje schälen“, am Monatsende noch auf staatliche Zuschüsse angewiesen

seien, weil das Geld nicht reiche. Duin forderte einen gerechten Mindestlohn: „Die Unternehmen sollen die Löhne zahlen und nicht der Steuerzahler. Leiharbeit muss zeitlich begrenzt sein und dort eingesetzt werden, wo es Produktionsspitzen gibt.“

Auch die Pendler-Pauschale griff Duin in seiner Rede auf und forderte, dass sie wieder ab einem Kilometer vom Wohnort zur Arbeitsstätte eingeführt werden muss. Das Bundesverfassungsgericht prüfe derzeit die Zulässigkeit der Abschaffung der Pauschale, aber auf die „Männer in den roten Roben“ werde man nicht warten, kündigte Duin an. „Gerade in Ostfriesland ist dies ein großes Thema“, sagte Duin.

stimmig gegen den Bau des geplanten Kohlekraftwerkes in Emden aussprach.

„Die Kohle muss sauber werden“, so der Europaabgeordnete, der eine Möglichkeit über den im Kyoto-Protokoll beschlossenen „EU-Emissionshandel“ zur Reduzierung von Treibhausgasen sieht. Dort ist vorgesehen, dass die Unternehmen zertifiziert werden, die den Schadstoffausstoß reduzieren.

Grootte sieht den Landkreis Aurich im Bereich der erneuerbaren Energien sehr gut aufgestellt: „Erneuerbare Energien bedeuten Arbeitsplätze. Der Markt floriert, jedoch sind die Produktionskapazitäten nur begrenzt“, sagte der EU-Parlamentarier.

Vor dem Hintergrund der steigenden Dieselpreise, die mit dem Benzin gleichgezogen haben, forderte Grootte für die Automobilindustrie gesetzliche Regelungen für Fahrzeuge mit geringerem Spritverbrauch. „Wir brauchen Autos, die weniger Benzin verbrauchen.“

Matthias Grootte ging in seiner Rede auf die energiepolitischen Forderungen des SPD Unterbezirks Aurich ein, der sich, auch wegen der zu erwartenden Beeinträchtigungen im Tourismus, ein-



Matthias Grootte wurde für die Europawahl 2009 nominiert.

Hans-Werner Pickel verabschiedet



Termine

- **Donnerstag, 12. Juni 2008**
Treffen mit Gewerkschaften und SPD UB Emden
Treffen SGK in Hannover
- **Freitag, 13. Juni 2008**
Kleiner Parteitag des SPD Bezirks Nord-Niedersachsen

Bei den Geschenken, die Garrelt Duin für Hans-Werner Pickel mitbrachte, durfte eine Flasche Slivovitz nicht fehlen. So mancher Plan wurde beim Genuss des Getränks geschmiedet. Neben dem kroatischen Nationalgetränk hatte Duin noch einen Fußball und ein Trikot der Mannschaft der kroatischen Heimat von Pickels Ehefrau im Gepäck.

- **Sonnabend, 14. Juni 2008**
Kleiner Parteitag des SPD Bezirks Weser-Ems
- **Montag, 16. bis Freitag, 20. Juni 2008**
Sitzungswoche des Deutschen Bundestages

Viele Weggefährten aus der Partei waren gekommen, als der SPD-Bezirk Weser-Ems und die SPD-Unterbezirke Aurich und Emden ihren ehemaligen Geschäftsführer und direkt gewählten Landtagsabgeordneten im „alten“ Wahlkreis Norden, Hans-Werner Pickel, im Rahmen einer Feierstunde verabschiedeten. Der große Saal in der SPD Geschäftsstelle Norden war bis auf den letzten Platz besetzt, als die Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Aurich, Hilda Christians, an das Rednerpult trat, um die zahlreichen Gäste zu begrüßen. Sie ging auf das sehr gute Verhältnis zwischen dem ehemaligen Landrat und einstigen Unterbezirksvorsitzenden Hinrich Swieter und Hans-Werner Pickel ein. „Ihr habt die Mitgliedererregung in den Vordergrund gestellt und zahlreiche Ortsvereine gegründet. Dieses flächendeckende Netz von Ortsvereinen in unserem Landkreis und damit die Nähe der Sozialdemokratie zu den Menschen ist eine der größten Errungenschaften.“

In seiner Laudatio ging Garrelt Duin auf den Werdegang Hans-Werner Pickels ein: Ein Arbeitskollege sprach Pickel an, ob er in die SPD eintreten möchte.

Auch aus Bewunderung Willy Brandts und seiner Politik ging er zur ersten Versammlung des Ortsvereins Villenviertel-Tonnendeich. „Dein erster Ortsvereinsvorsitzender Fritz Schüler fragte Dich sofort, ob Du als Kaufmann nicht Kassierer werden willst und Du wurdest gewählt“, so Duin. „Die Kassiererarbeit war damals noch richtige Basisarbeit und hat Dein Politikverständnis stark geprägt“, sagte Duin. Aufgrund des hohen Mitgliederzuwachses in Ostfriesland wurde eine zusätzliche Geschäftsstelle in der Region – in Norden – eingerichtet, die Pickel am 1.2.1978 mit 30 Jahren als Geschäftsführer übernahm. „Der Geschäftsführer war nicht ein Verwalter, sondern ein politischer Sekretär, der Ansprechpartner in organisatorischen Fragen war und wenn es mal Ärger gab, jemand der vermittelte“, so Duin. „Wenn jemand über Hans-Werner Pickel spricht, muss man auch über Hinni Swieter reden“, sagte Duin „Ihr ward Freunde. Swieters Erfolge wären ohne Deinen Rückhalt nicht möglich gewesen“. Hans-Werner Pickel war Nachfolger von Swieter als Landtagsabgeordneter. 1998 und 2003 gelang es ihm den

Wahlkreis Norden direkt zu gewinnen. Die Wahlkreisreform sowie ein gesundheitlicher Rückschlag hatten Pickel vor einer erneuten Entscheidung für die Landtagskandidatur beschäftigt. „Du hast auf kluge und honorifique Art die Entscheidung nicht wieder zu kandidieren für Dich getroffen“, würdigte Duin die Entscheidung Pickels. „Es war eine grandiose Zeit für die SPD“, erinnerte sich Hans-Werner Pickel an die zurückliegenden 30 Jahre. Drei Ministerpräsidenten hat er gewählt – „den letzten Christian Wulff natürlich nicht“. Bei seinem Kandidaturverzicht habe die Wahlkreisauflösung eine große Rolle gespielt, aber auch sein Alter. „Es ist besser den Staffeltab rechtzeitig zu übergeben, bevor andere sagen, wie werden wir den Alten los.“ Aber auch seine Erkrankung habe ihn zu der Entscheidung gebracht. „Im Krankenhaus wuchs in mir die Erkenntnis, dass es auch etwas anderes als Politik gibt“, sagte Pickel. Deshalb nahm er jetzt seinen Hut und „neue Leute sind jetzt da, die die Verantwortung tragen“. Pickel bedankte sich bei seinen Mitarbeiterinnen dafür, „dass ihr mich ertragen habt“.

Spruch der Woche

„Sie sind unverschämt!“

Garrelt Duin zu einer Frau, die sich während des Grußwortes von Kurt Beck auf der Spargelfahrt mit ihrer Tischnachbarin laut unterhielt

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de